

Angst um die Ostalb-Krankenhäuser

Ausschuss befasst sich mit Gesetzesplänen der Bundesregierung – Pavel: Wahres Ziel ist Schließung von Kliniken

Von Eckard Scheiderer

AALEN/ELLWANGEN - Was der Bund da jetzt als sogenannten Referentenentwurf für ein Gesetz zur Reform der Strukturen in der Krankenhausversorgung vorgelegt hat, hat am Montag bei der Sitzung des Krankenhausausschusses des Kreistags nicht nur Landrat Klaus Pavel die Sorgenfalten in die Stirn geschnitten. Auch die Kreisräte aller Couleur trieb die nicht unberechtigte Angst um, dass es am Ende nur darum gehen könnte, bundesweit rund 200 Kliniken vom Markt schlichtweg verschwinden zu lassen. Und dass sich dann auch der Ostalbkreis mit seinen drei Klinik-Standorten im ländlichen Raum möglicherweise ganz warm anziehen müsste.

„Ich bin in ganz großer Sorge, dass hier etwas zerstört wird, das über Generationen hinweg aufgebaut wurde“, sagte Pavel. In Sorge, wie er weiter meinte, „dass am Ende nicht viel übrig bleibt“. Selbst Mitglieder der großkoalitionären Regierungsparteien in Berlin machten hinter vorgehaltener Hand inzwischen keinen Hehl mehr daraus, dass es letztlich darum gehe, etwa 200 Kliniken stillzulegen. Mit der notwendigen, tiefgreifenden Reform der Strukturen in der Gesundheitsversorgung hätte das dann freilich nichts mehr zu tun.

Die politischen Vertreter der Klinikträger, so Pavel mit Blick auf seine Landratskollegen im Land, seien jedenfalls schwer enttäuscht von diesem Gesetzentwurf. Man sehe die große Gefahr, „dass vieles von dem im ländlichen Raum an die Substanz des Angebots geht“.

Qualität als Deckmantel

Seitenweise hatte die Kreisverwaltung versucht, die Eckpunkte des Gesetzentwurfs aufzulisten. Eine schwierige Materie, wie unter anderem die Oberbürgermeister Thilo Rentschler (Aalen, SPD) und Karl Hilsenbek (Ellwangen, Freie Wähler) sowie das langgediente Ausschussmitglied Dr. Eberhard Schwerdtner (CDU) bewiesen, die bekannten, von all dem schlichtweg wenig verstanden zu haben. Aalens Krankenhausdirektor Axel Janischowski versuchte es deshalb mit einer kritischen Kurzfassung. Unter dem Deckmantel von Qualität und Transparenz sollen der Gemeinsame Bundesausschuss, das höchste Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen in Deutschland, die Kassen sowie deren Medizinischer Dienst noch mehr Macht bekommen. Bei der versprochenen Qualitätsoffensive gehe es nicht nur um medizinische Qualität, sondern



Was soll am Ende bei der Operation namens Krankenhaus-Strukturgesetz herauskommen? In Wahrheit die Schließung von rund 200 bundesweiten Kliniken, so fürchtet der Kreis auch um seine drei Krankenhaus-Standorte auf der Ostalb.

FOTO: THOMAS SIEDLER

vor allem auch um die der Strukturen und Prozesse. „Wer die Vorgaben nicht erfüllt, scheidet automatisch aus der Leistungserbringung aus“, so Janischowski. Schließlich bezeichnete er die geplante Einrichtung eines Strukturfonds mit Fördermitteln für die Schließung von Kliniken als „Abwrackprämie“, während gleichzeitig der Politik seit Jahren die Kraft fehle, eine mangelhafte Investitionsfinanzierung der Kliniken durch die Bundesländer anzugehen. Am Ende kam Janischowski zu diesem Fazit: Mit dem neuen Gesetz wollten die Politik und die Kassen Strukturen im Krankenhauswesen bereinigen, das heißt Standorte schließen, und Beitragssatzerhöhungen bis zur nächsten Bundestagswahl ausschließen.

„Es wird genau so kommen“

Jetzt gelte es, so forderte Hilsenbek, mithilfe der Abgeordneten der Region schnellstens mögliche konkrete Auswirkungen der Gesetzespläne auf die drei Kreiskliniken zu eruieren. „Dieses Papier muss uns Schrecken einjagen“, mahnte Schwerdt-

ner, der davor warnte, so zu tun, „als ob uns das alles nichts angeht“. Es sei zu befürchten, dass alles genau so wie geplant kommen und dass sich an dem Entwurf nicht mehr viel ändern werde. „Wir müssen deshalb selbst weiter an unseren Strukturen arbeiten“, forderte der langjährige Kreisrat und Krankenhaus-Experte.

SPD-Fraktionsvorsitzender Josef Mischko meinte, „wir müssen deutlich machen, dass wir auch künftig drei Klinik-Standorte haben wollen“. Denn die mit dem Gesetzentwurf offenbar werdenden drohenden Verschlechterungen hätten nur ein Ziel, nämlich eine Marktberreinigung bei den Krankenhäusern. Der Ostalbkreis müsse daher einen Plan machen, „wie wir das Gute, das wir schon jetzt tun, künftig auch finanzieren können“.

Grünen-Fraktionschef Volker Grab rügte, das sei eine Reform, die weder für den ländlichen Raum gemacht sei noch dazu, dass sie den Menschen diene. Offenbar gehe es vielen vor allem um die Kliniklandschaften in den großen deutschen Ballungszentren.

Kommentar

Von Eckard Scheiderer

Auf der Hut sein

Man soll den Teufel bekanntlich nicht an die Wand malen. Aber auf der Hut muss der Ostalbkreis mit seinen drei Klinik-Standorten angesichts dessen, was da in Berlin unter den Namen Krankenhaus-Strukturgesetz zusammengebraut wird, auf jeden Fall sein. Denn letztlich geht es darin nur um eines: mithilfe einer Flut an Bürokratie und bürokratischer Vorgaben die Kosten des deutschen Krankenhauswesens zu senken. Und das gelingt am einfachsten, wenn es künftig weniger Krankenhäuser gibt. Dabei ist zu befürchten, dass der Gesetzgeber am Ende wenig darauf achten wird, wer seine Hausaufgaben in Sachen Klinikstruktur vor



Ort schon gemacht hat oder dabei zumindest auf einem guten Weg ist und ob sich Träger im ländlichen Raum im Sinne einer wohnortnahen Versorgung der Patienten ganz bewusst für dezentrale Strukturen entschieden haben. Gerade hier könnte der Kreis in die Bredouille kommen und am Ende der Dumme sein, eben weil er sich ganz bewusst schon vor Jahren gegen den Trend hin zu großen Zentralkliniken gestemmt hat. Im Umkehrschluss kann das nur bedeuten: Der Ostalbkreis muss weiter intensiv an Struktur, Inhalt und Angebot seiner drei Krankenhäuser arbeiten.
 e.scheiderer@aalener-nachrichten.de